

## Beschlussantrag

**des Landtagsabgeordneten Christoph Wiederkehr und weiterer Abgeordneter**

**betreffend generationengerechter Haushalt durch Abschaffung der Pensionsprivilegien für Bedienstete der Gemeinde Wien**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 7 der 8. Sitzung des Wiener Landtags am 30.06.2016**

Wien hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Während die Nettoeinnahmen zwischen 2005 und 2014 um 29,41% gestiegen sind, sind im selben Zeitraum die Ausgaben um 36,23% gestiegen. Neben den Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung betrifft der gravierendste Kostenanstieg die Ruhebezüge der Gemeindebediensteten. Der Rechnungshof kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die verspätete Umstellung der Wiener Beamtenpensionen im Jahr 2042 zu Mehrkosten von insgesamt 350 Millionen Euro führt. Da das österreichische Pensionssystem nicht nachhaltig finanziert ist, geht der Schutz von Privilegien für einzelne Pensionsempfänger\_innen zwangsweise zulasten der großen Mehrheit im ASVG-System.

Die Übergangsfrist zur Umstellung auf das 2005 beschlossene Pensionskonto für Beamt\_innen der Stadt Wien muss daher so rasch wie möglich umgesetzt werden, um die Kostenexplosion im Bereich der Ruhebezüge einzudämmen. Hierbei geht es um Fairness in zweierlei Hinsicht: Einerseits muss Fairness gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hergestellt werden, die nicht in den Genuss einer derart langen Übergangsfrist zur Umstellung auf das Pensionskonto kommen. Andererseits geht es um Fairness und Verantwortung gegenüber der jungen Generation, die den berechtigten Anspruch hat, ein Pensionssystem in Anspruch zu nehmen, das finanziell nachhaltig gesichert ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die Stadtregierung dazu auf, ehestmöglich auf das Pensionskonto umzustellen und den Durchrechnungszeitraum für die Bemessung der Pensionen von Beamt\_innen der Gemeinde Wien zum ehestmöglichen Zeitpunkt - und nicht erst 2042 - auf das System für ASVG-Versicherte und Selbständige umzustellen.

*In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.*

Wien, 30.06.2016

*C. Wiederkehr*  
*S. Pfeiffer*  
*Christoph Wiederkehr*  
*Andreas Jochberger*

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN ADWELCHWIT Eing.: 30. JUNI 2016 P&L-08282-2016(0001-KNEILAT Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat
---